



Talentscout bei La Strada

Alfred Konijnenbelt sucht in Bremen Künstler für Shows in Holland. [Bremen 9](#)



Meister der Verpackung

Auch mit 80 Jahren ist der Künstler Christo noch sehr umtriebiger. [Kultur 18](#)



Weyherin hilft Flüchtlingen

Fathma Atenhahn setzt sich für die Integration von Flüchtlingen ein. [Kaffee 26](#)



Hochzeit in Schweden

Prinz Carl Philip und Sofia haben geheiratet. [Vermischtes 6](#)

Schwacher Start, hoher Sieg



Der Noch-Gladbacher Max Kruse erzielt das 2:0 für Deutschland. Nach einer schlechten Leistung in der ersten Halbzeit steigerte sich das ersatzgeschwächte Team von Bundestrainer Jogi Löw nach dem Seitenwechsel und besiegte in der EM-Qualifikation den krassen Außenseiter Gibraltar mit 7:0. FOTO: GETTY IMAGES **Bericht Seite 19**

Die Bremer City
Heute, 13-18 Uhr:
Verkaufsoffener Sonntag
www.bremen-city.de

Was der Bremer City fehlt

Bremen. Immobilienexperten bescheinigen Bremen ein großes Potenzial als Einkaufsstandort. Aber hat die Innenstadt auch den richtigen richtigen Mix, um Besucher möglichst lange im Herzen der Stadt zu halten? Die Antwort ist: Nein. Es fehlt vor allem an der sogenannten Aufenthaltsqualität. Es gibt in der Innenstadt nicht genügend Sitzbänke, kleine Cafés und Snacks, in denen Besucher pausieren, die Einkaufsliste oder Mails checken können, kritisiert auch die City-Initiative. Solche Angebote würden eine jüngere Klientel ansprechen, sagt Jan-Peter Halves, Geschäftsführer der Initiative. Und um diese Altersgruppe muss sich die Stadt offenbar mehr bemühen. Nach Untersuchungen ist rund die Hälfte der City-Besucher über 41 Jahre alt. Es gebe deutlich mehr Gäste im Alter über 65 Jahre als unter 20 Jahren, bescheinigte Anfang des Jahres das Immobilienberatungsunternehmen Jones Lang LaSalle (JLL). **Bericht Seite 7**

Haft für junge Flüchtlinge möglich

Rot und Grün einigen sich bei Streitthema / Einstellung von Lehrern unter Finanzierungsvorbehalt

VON WIGBERT GERLING

Bremen. Die Unterbringung im Gefängnis wird nun doch möglich gemacht: Als letztes Mittel und nur auf gesicherter rechtlicher Grundlage müssen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mit Freiheitsentzug rechnen, wenn sie straffällig werden. Darauf hat sich am Sonnabend der Koalitionsausschuss verständigt. Neben der Sozialpolitik gehörte im Konferenzraum des Rot-Kreuz-Krankenhauses die Bildung zu den Hauptthemen in den rot-grünen Koalitionsverhandlungen. Übereinstimmung gab es offenbar in der Bewertung, dass mehr Lehrerinnen und Lehrer in die Klassen kommen und dazu beitragen, dass der viel kritisierte Ausfall von Unterrichtsstunden eingedämmt wird. Allerdings blieb unklar, wie das geschehen soll.

Der Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die kriminell werden, war in den Reihen des rot-grünen Bündnisses umstritten. Insbesondere unter den Grünen gab es Vorbehalte dagegen, dass in letzter Konsequenz auch ein Freiheitsentzug infrage kommen könne. „Vorrang hat die Jugendhilfe“, betonte am Sonnabend die grüne Landesvorsitzende Henrike Müller nach der Verhandlung.

Aber wenn „wenn alle Stricke reißen“, könne auch ein Freiheitsentzug „in Betracht kommen“. SPD-Landeschef Dieter Reinken erklärte, zu dieser Frage habe es tagsüber eine „intensive Diskussion“ gegeben. Aber nun gebe es „eine gemeinsame Basis“.

Die Frage, ob die Kinderbetreuung vom Sozialressort zur Bildungsbehörde verlagert werden sollte, bot die Möglichkeit zur Verknüpfung der Hauptthemen des Tages. Die SPD wirbt dafür, dass beides künftig „in eine Hand gehört“, wie Reinken betonte. Die Grünen, so Müller, bevorzugen die Formulierung „enge Zusammenarbeit“. Eine Entscheidung wurde nicht gefällt. Reinken erklärte, es werde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die dieses Thema im Detail bearbeite und in zwei Wochen eine Perspektive entwickeln solle.

Ausbau von Ganztagschulen, mehr Sprachförderung, Verbesserungen bei der Inklusion – diese Ziele sind in der Bildungspolitik in den Reihen von SPD und Grünen unstrittig. Allerdings müsse auch, so SPD-Chef Reinken, die „finanzielle Ausstattung“ geklärt werden. Dieses Thema sei aber ausgeklammert worden und bleibe einer späteren Runde zum Thema Finanzen vorbehalten, die für den 21. Juni termi-

niert ist. Was in einem möglichen Koalitionsvertrag bis 2019 festgeschrieben wird, entscheidet sich voraussichtlich erst in der Schlussrunde der Beratungen. Sie soll am Freitag, 26. Juni, stattfinden. Die nächste rot-grüne Verhandlungsrunde ist am kommenden Dienstag. Gesetz sind unter anderem die Themen Umwelt, Bau, Verkehr, Inneres, Kultur und Sport.

Carsten Sieling, der von der SPD als Nachfolger von Jens Böhrnsen im Amt des Bürgermeisters vorgeschlagen ist, gehört der Verhandlungsgruppe an. Er hatte vorab Signale zu Unterrichtsausfall und Lehrermangel ausgesendet und warb für eine „Verstärkung in den Schulen“, nicht nur mit Lehrern, sondern auch mit Sozialpädagogen. Lehrpersonal müsse beispielsweise von organisatorischen Aufgaben befreit werden.

Sieling warb außerdem dafür, dass insgesamt rund 200 Beschäftigte im Klassenraum für Entlastung sorgen. Diese Zahl könne aber nicht als Messlatte für Neueinstellungen in dieser Höhe genommen werden. Ihm sei es wichtig, dass Beschäftigte aus dem Bildungssektor – eben auch von der Behörde – dort eingesetzt würden, „wo mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet wird“.

Die Debatte über Unterrichtsausfall und Personalstand an den Schulen reicht Jahre zurück. Der Zentral-Elternbeirat beispielsweise hatte schon 2012 gemeinsam mit dem Bremer Bündnis für Bildung eine Umfrage zur Lage an den Schulen veröffentlicht. Um die vielen Ausfallstunden auszugleichen, so lautete eine damit verknüpfte Forderung, müssten möglichst schnell neue Fachlehrer eingestellt werden. Später gab es unter anderem Protestaktionen auf dem Markt. „Lehrer fordern mehr Stellen“, lautete damals eine Überschrift zu der Berichterstattung. Vorab hatten sich rund 2000 Lehrerinnen und Lehrer zu einer Personalversammlung getroffen. Beschäftigte an Grundschulen forderten etwa mehr Sozialarbeit an den Schulen und „eine Doppelbesetzung in schwierigen Klassen“.

Und die Reihe von Protesten riss nicht ab: „Immer noch fehlen Lehrer“ hieß es Anfang 2014. In den Monaten gehörten Unterrichtsausfall und Personalstand regelmäßig zu den zentralen politischen Themen – auch im Frühjahr 2015 im Vorfeld der Bürgerschaftswahl am 10. Mai. Dabei haben beide Parteien, die den rot-grünen Senat stellen, bekanntlich deutliche Stimmenverluste erlitten.

Kommentar Seite 2-Bericht Seite 10

Übungsplatz hat neue Straßen

Bremen (wtc). Statt Autos sind wochenlang Bagger auf dem Verkehrsübungsplatz in Mahndorf gefahren. Der 36 Jahre alte Platz musste saniert werden, weil der Boden der ehemaligen Deponie weggesackt war. Rund 100.000 Euro haben die Arbeiten gekostet. Auf dem 7000 Quadratmeter großen Areal sind Straßen und Kreuzungen neu angelegt worden. „Die alten waren nicht mehr zeitgemäß“, erklärte ein Sprecher des ADAC, der das Übungsgelände betreut. Seit Freitag ist der Platz, der jedes Jahr 12.000 Besucher hat, wieder für Führerscheinanwärter geöffnet. Der WESER-KURIER hat eine Anfängerin auf dem 1,2 Kilometer langen Parcours begleitet und mit Mitarbeitern über die Dramen gesprochen, die sich abspielen, wenn die Fahrt mit dem Abschleppwagen endet. In den vergangenen Jahren registrierte der ADAC rund 80 Unfälle auf dem Platz. Personen seien aber bei den Übungsfahrten noch nie verletzt worden. **Berichte Seite 8**

Neue Reformvorschläge

EU und Griechenland suchen weiter nach Lösung der Schuldenkrise

Brüssel. Vertreter Athens und der EU-Kommission haben am Sonnabend ihre Bemühungen um eine Lösung für das griechische Schuldendrama fortgesetzt. Dazu kamen in Brüssel Nicos Pappas, der Vertreter des griechischen Regierungschefs Alexis Tsipras, und ein Vertreter von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zusammen. Obwohl Pappas neue Reformvorschläge vorgelegt haben soll, waren die Fronten in den Gesprächen verhärtet.

Umstritten sind insbesondere Reformen bei den Renten und der Mehrwertsteuer. Bewegung gibt es hingegen dem Vernehmen nach bei der Zielmarke für den sogenannten Primärüberschuss im Staatsbudget.

Die Geldgeber fordern für das laufende Jahr ein Prozent; Tsipras soll sich damit inzwischen abgefunden haben. Je höher der Überschuss ausfallen muss, umso größer wäre der Zwang für den Premier, Einnahmen zu erhöhen oder Ausgaben zu drücken. Den Beteiligten sei klar, dass ein Kompromiss gefunden werden müsse, ehe am Montag die Märkte öffnen, hieß es.

Juncker hat noch einmal vor verheerenden Folgen eines griechischen Austritts aus der Euro-Währungsunion gewarnt. Tsipras wisse, „dass die Lage sich zuspitzt. Ich habe ihm das in allen Farben und in mehreren Sprachen nahegebracht“, sagte Juncker am Sonnabend. **Bericht Seite 4**

Konto für alle kommt früher

Finanzministerium will EU-Richtlinie schon Anfang 2016 umsetzen

Berlin. Voraussichtlich schon Anfang 2016 sollen auch Flüchtlinge oder Obdachlose das Recht auf ein Bankkonto haben. Ein entsprechendes Gesetz könne voraussichtlich schon Anfang 2016 in Kraft treten und damit deutlich vor Ablauf einer Frist durch die zugrunde liegende EU-Richtlinie, sagte ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums am Sonnabend in Berlin. Er bestätigte damit einen Bericht der „Süddeutschen Zeitung“.

Von dem neuen Gesetz sollen geduldete Flüchtlinge oder Menschen ohne festen Wohnsitz profitieren. Diese Gruppen haben bisher Schwierigkeiten damit, ein Konto zu bekommen, um darüber beispiels-

weise eine Mietwohnung zu bezahlen. Weigern sich Banken künftig, ein Konto zu eröffnen, müssen sie den Plänen zufolge mit Konsequenzen rechnen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) soll Banken anweisen können, die Betroffenen als Kunden anzunehmen. Zur Durchsetzung soll auch ein Bußgeld verhängt werden können.

Die sogenannte EU-Zahlungskontenrichtlinie sieht vor, dass innerhalb der Europäischen Union der Zugang zu einem Konto diskriminierungsfrei sein muss. Eigentlich wäre dem Finanzministerium für die Umsetzung bis September nächsten Jahres Zeit geblieben.

Land reagiert auf Krähen-Konflikt

Hannover. Brutende Saatkrähen sorgen immer wieder für Konflikte in menschlichen Siedlungen. Die niedersächsische Landesregierung hat darauf mit einer „Handlungsempfehlung“ reagiert, die das Landesumweltministerium kürzlich vorgestellt hat. Angelehnt an einen bayerischen Leitfaden wird möglicher Handlungsbedarf – wohl gemerkt der unteren Naturschutzbehörden – in mehreren Kategorien erfasst. Anwohner, die vom Krächzen und Vogelkot genervt sind, dürfen nicht selbst aktiv werden: die Saatkrähe ist streng geschützt. Lediglich an Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern wird eine Vergrämung in Betracht gezogen. **Bericht Seite 12**

Gewinnzahlen

1 4 5 18 26 43
Spiel 77: **5924605** Superzahl: **0**
Super 6: **★393849** Ohne Gewähr



Inhalt

Familie 32
Fernsehen 31
Genuss 29
Lesermeinung 23
Rätsel & Roman 30
Trend 25
Wohin am Sonntag? 16

Frauen-WM

Die erste Woche der Frauen-WM ist herum. Auffällig bisher: Die FIFA-Offiziellen machen sich rar in Kanada. Derweil bereitet sich die deutsche Elf auf ihr drittes Gruppenspiel gegen Thailand vor. **Berichte Seiten 20 und 21**

Wetter

Tagsüber 19°
Nachts 8°
Niederschlag 50%
Ausführliches Wetter Seite 6

Prognose

Morgen wechselt sich die Sonne mit Quellwolken ab. Es bleibt überwiegend trocken. Die Höchsttemperaturen bewegen sich zwischen 14 und 17 Grad. Am Dienstag ist es meist freundlich, die Temperaturen steigen.